

Beschlossene Anträge vom Kreisparteitag der SPD Rhein-Neckar am 3.5.2007 in Weinheim

Antrag Nr. 3 Kommunale Potenziale nutzen

Antragsteller: Bereichskonferenz LWK 40 Schwetzingen

Empfänger: Bundessvorstand der SPD, Landes- und Bundesparteitag

Änderungsantrag zu 4.3 'Starke Kommunen' - letzter Absatz:

„Kommunen können auf lokale Besonderheiten besonders gut reagieren. Sie entwickeln eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten für eine Vielzahl von Aufgaben. Als Perspektive eines neuen Föderalismus wollen wir Politik wieder stärker in die Reichweite der Bürgerinnen und Bürger bringen. Wir übertragen so viele Aufgaben wie möglich an die Kommunen und stellen die dafür erforderlichen Mittel kontinuierlich bereit.“

Begründung:

Bei fortschreitender Globalisierung wird die Bedeutung der dezentralen lokalen Ebene zunehmend wichtig. Durch verstärkte Integration bisher nationalstaatlicher Aufgaben auf europäischer Ebene verlieren Bund und Land in ihrer Steuerungsfunktion an Bedeutung. Damit die Politik der Kreise, Städte und Gemeinden selbstständig auf gesellschaftliche Problemlagen reagieren kann, muss den Zentralisierungs- und Globalisierungstendenzen eine erweiterte dezentrale Entscheidungskompetenz gegenübergestellt und staatliche Regelungskompetenz zugunsten gestärkter kommunaler Selbstverwaltung zurückgenommen werden.

Die großen Veränderungsschübe der Zeit (Globalisierung, Veränderungen in der Arbeits- und Familienwelt, die Folgen der demographischen Entwicklung) stellen mit ihren sozialen Folgekosten Städte und Gemeinden als die ursprünglichen und entscheidenden Orte der Politik vor massive Probleme. Wenn sie nicht in die Lage versetzt werden, kreativ mit den Problemen umzugehen und eine soziale und wirtschaftliche Entwicklungspolitik zu betreiben, werden sie zu Stätten der Endlagerung oder Entsorgung dieser Folgekosten.

Menschen in Arbeit bringen, ihren Gesundheits- und Bildungsstand verbessern, Kinder nicht nur betreuen, sondern so früh wie möglich ihre Fähigkeiten entfalten und ihre Kompetenzen stärken: All das und noch viel mehr wird in Städten und Gemeinden geschehen oder es wird nicht geschehen. Und die Menschen in unserem Land werden demokratische Zugehörigkeit entweder in unseren Kommunen erleben oder es wird sich die lautlose Emigration aus einem verbindenden und verbindlichen Gemeinwesen fortsetzen.

Es gibt auf kommunaler Ebene in der Regel sehr viel Bürgerengagement in allen möglichen Formen. Dessen ungeachtet ist die kommunale Ebene aus der Perspektive der Staatsorganisation das schwächste Glied mit den geringsten Kompetenzen und Ressourcen. Es fehlt am politischen Willen von Bund und Ländern, Kompetenzen auch von den Ländern auf die Kommunen zu verlagern und so den Staat vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dies ist für die Zukunft unseres Landes verhängnisvoll: für seine demokratische Qualität und für seine Fähigkeit, Probleme zu lösen.

Wer Zukunft gestalten will, muss eigenverantwortlich handeln können. Deshalb muss das politische Gewicht der Kommunen, ihr Auftrag zur Lösung sozialer und ökonomischer Probleme, in der Zukunft wachsen.